



Eckard H. Graage
Fraktionsvorsitzender

Unsere Kommunalpolitik im Bezirk Wandsbek lebt von Ihrer Beteiligung! Wir, die CDU-Fraktion Wandsbek, setzen uns für Sie vor Ort ein. Uns ist besonders wichtig, dass zusammen mit Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Bezirk, in dieser Legislatur wieder mehr aktiv gestaltet wird! Melden Sie sich bei uns! Unsere kompetenten Fach- und Regionalsprecher sind Ihre ersten Ansprechpartner in Sachen Bürgerbeteiligung.

Ihr



Eckard H. Graage
Fraktionsvorsitzender und
Fachsprecher für Finanzen u. Kultur
Tel.: 040 - 669 977 30
E-Mail: eckard.graage@cduhamburg.de

IMPRESSUM

CDU-Bezirksfraktion Wandsbek
ViSdP: Mario Westphal
Wandsbeker Königstrasse 66 | 22041 Hamburg
E-Mail: m.westphal@cdu-fraktion-wandsbek.de
Tel.: 040 - 68 37 15
Fotos: CDU-Bezirksfraktion Wandsbek

WIR BEWEGEN WANDSBEK. IHRE THEMEN. UNSERE ANTRÄGE.

Aktuelle Stunde:

- Durchregieren gegen Rahlstedt-Großlohe ohne wirkliche Bürgerbeteiligung (B-Plan Rahlstedt 131) TOP 3.1

Anträge mit Debatte:

- Lebensmittelkontrollen in Wandsbek TOP 4.2
- Umweltgefahren von Schrottautos auf dem öffentlichen Straßenraum in Wandsbek TOP 4.5



DURCHREGIEREN GEGEN RAHLSTEDT-GROSSLOHE OHNE WIRKLICHE BÜRGERBETEILIGUNG (B-PLAN RAHLSTEDT 131)

Vor der Planung zum Gewerbegebiet Merkurpark, wurde von Schleswig-Holstein und der Freien und Hansestadt Hamburg gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Gutachten hat 1993 bestätigt, dass eine Baufläche nördlich der Stapelfelder Straße mit den Zielen der Landes-, Regional-, Landschafts- und Verkehrsplanung vereinbar ist, wenn die Fläche südlich der Stapelfelder Straße in erster Linie für die Landwirtschaft und örtlich festzusetzenden ökologischen Maßnahmen erhalten bleibt. Dies wurde im Bebauungsplan Rahlstedt 105 festgestellt. Im März 2007 hat der Senat das Bezirksamt Wandsbek angewiesen, ein Gewerbegebiet südlich der Stapelfelder Straße zu entwickeln. Die SPD hat zu diesem Bauvorhaben seinerzeit festgestellt: „nun diese Ausgleichsflächen einem weiteren Gewerbegebiet zu opfern steht im Widerspruch zu den Zusagen aus den 90er Jahren“.

Das Bezirksamt Wandsbek wurde jetzt erneut vom Senat angewiesen, ein interkommunales Gewerbegebiet mit dem Kreis Stormarn zu entwickeln.

An diesem Verfahren wurden Vertreter der Gemeinde Stapelfeld und Barsbüttel beteiligt. Aus Hamburg wurden jedoch nur Vertreter der Verwaltung endsendet. Eine frühzeitige Einbeziehung der Bürger aus Rahlstedt-Großlohe war bis zum eigentlichen Bebauungsverfahren Rahlstedt 131, wo eine Bürgerbeteiligung gesetzliche vorgeschrieben ist, ausgeblieben.

Die Vertreter aus Stapelfeld haben für das Gutachten Forderungen für den Verkehr und die Landschaft eingebracht, die auf dem Gebiet der Gemeinde Stapelfeld erfolgen sollen. Maßnahmen auf dem Gebiet Rahlstedt-Großlohe sind im Gutachten nicht berücksichtigt worden und konnten den Bürgern bisher auch noch nicht von der Verwaltung erläutert werden.

Erst nach der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligung der Bürger, werden die von den Bürgern geforderten gutachterlichen Untersuchungen, in das Verfahren eingebracht. Das Gutachten stellte bereits fest, dass es im untersuchten Planungsraum Grenzen der gewerblichen Entwicklung gibt. Als Gründe werden die verkehrlichen und die landschaftlichen Rahmenbedingungen genannt. Das Gutachten empfiehlt u.a. im Handlungsfeld Landschaft:

„Mit der Erstellung eines interkommunalen Masterplanes wäre der erste Schritt geleistet. In einem zweiten Schritt wird dann ein Umsetzungsmanagement erforderlich, das sich um die Realisierung der Maßnahme kümmert, Allianzen schmiedet, die Öffentlichkeit einbindet und weitere, ergänzende Strategien der Finanzierung aufschließt“

Bei diesem Bebauungsplanverfahren Rahlstedt 131 werden die Bürger bisher nur im gesetzlichen Rahmen beteiligt. Von dem weiteren Verfahren werden die Bürger und die Bezirksversammlung ausgeschlossen, weil der Senat das Bezirksamt Wandsbek angewiesen hat, dass interkommunale Gewerbegebiet soweit vorzubereiten, damit nur noch der Beschluss des Senates erfolgen kann.

„Das Bebauungsplanverfahren Rahlstedt 131 ist ein weiteres Paradebeispiel, wie der Rot-Grüne Senat die Bürgerbeteiligung untergräbt. Daher setzen wir uns als Fraktion für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Bezirk ein und fordern die Einwände und Forderungen der Bürger ernst zu nehmen. Die Bürger haben ein Recht auf Beteiligung“, so unser **Fraktionsvorsitzender Eckard H. Graage aus Rahlstedt.**



Silke Bertram

Bezirksabgeordnete und
Fachsprecherin für Umwelt
Tel.: 040 - 530 351 80
E-Mail: silke.bertram@cduhamburg.de



LEBENSMITTELKONTROLLEN IM BEZIRK WANDSBEK

Mit der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Hamburgischen Bürgerschaft wurde vom rot/grünen Senat unter anderem festgestellt, dass die Betriebskontrollen bei der Lebensmittelüberwachung gesteigert werden müssen. Daraufhin wurden die Bezirke im Ergebnisbericht des Jahres 2016 des Rechnungshofes aufgefordert, die Ursachen für die Unterschreitung der Sollzahlen zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung der Betriebskontrollen bei der Lebensmittelüberwachung vorzuschlagen.

Die CDU-Fraktion fordert mit einem Antrag in der heutigen Sitzung der Bezirksversammlung, dass die Lebensmittelüberwachung im Bezirk Wandsbek, den Verwaltungsvorschriften entsprechend, sichergestellt wird. Darüber hinaus soll der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz laufend über den Stand der Lebensmittelüberwachung anhand von Kennzahlen informiert werden.

Dazu erklärt unsere Alstertaler Bezirksabgeordnete und Fachsprecherin für Umwelt Silke Bertram: „Ich finde es nicht hinnehmbar, dass die vorgeschriebenen Lebensmittelkontrollen in unserem Bezirk nicht vorschriftsgemäß durchgeführt werden. Das ist fahrlässig. Es handelt sich hierbei um vorbeugende Maßnahmen, die dem Schutz auf Leben und körperlicher Unversehrtheit dienen. Somit ist dieser gesundheitliche Verbraucherschutz eine ordnungsbehördliche Tätigkeit im öffentlichen Interesse und muss uneingeschränkt gewährleistet werden.“

BÜRGERSPRECHSTUNDE:

INKLUSION

mit unserem Fachsprecher für Inklusion
SANDRO KAPPE

am 30. November 2016
von 11:30 – 12:30 Uhr
CDU-Fraktion Wandsbek
Wandsbeker Königstraße 66
22041 Hamburg

Nach Paragraph 9 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift Rahmen/Überwachung, müssen bei Lebensmitteln je 1.000 Einwohner und Jahr, grundsätzlich fünf amtliche Proben genommen werden. Diese Vorgaben wurden bis dato nicht erfüllt und werden voraussichtlich für das Jahr 2016 auch nicht mehr erreicht werden.

WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!



UMWELTGEFAHREN VON SCHROTTAUTOS IM ÖFFENTLICHEN STRASSENRAUM IN WANDSBEK



Franziska Hoppermann

Stv. Fraktionsvorsitzende und
Fachsprecherin für Jugendhilfe
Tel.: 040 - 248 256 13
Mobil: 0179 - 949 21 52
E-Mail: franziska.hoppermann@cduhamburg.de

Presseberichten zufolge stehen die meisten Schrottautos im öffentlichen Straßenraum des Bezirks Wandsbek. Mit einer Zahl von 800 Fahrzeugen ist Wandsbek Spitzenreiter in Hamburg.

Die Bezirksämter scheuen sich aber vor dem Abschleppen der verwahten Fahrzeuge, da sie befürchten, auf den Kosten sitzen zu bleiben und den Etat des Bezirksamtes dadurch weiter zu belasten. Die Haushaltsmittel der Bezirke sind ohnehin ausgesprochen knapp bemessen, und der Senat sieht keine Veranlassung, die Bezirke mit mehr Geld auszustatten.

Neben einem unansehnlichen Außenbild bergen die Schrottautos noch weitere Gefahren. Schnee, Regen und andere Wettereinflüsse bewirken eine Korrosion ihrer Metallteile. Diese umweltbelastenden Abfallstoffe dringen in den Boden und somit auch in das Grundwasser. Darüber hinaus geben die Schrottautos weitere umweltgefährdende Stoffe ab - wie beispielsweise Kraftstoffe, Öle, Bremsflüssigkeiten, FCKW und Blei.

Altfahrzeuge dürfen nach der Altfahrzeug-Verordnung nur in geeigneten Bereichen mit undurchlässiger Oberfläche, Auffangeinrichtungen und Abscheidern für auslaufende Flüssigkeiten und fettlösende Reinigungsmittel gelagert werden.

Verwaltung gemeinsam mit der Behörde für Umwelt und Energie, den Landesbetrieb Verkehr und dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer einen Leitfaden für den Umgang und die Entsorgung von Altfahrzeugen im öffentlichen Straßenraum erstellt. Darüber hinaus soll ein finanzieller Anreiz für die Bezirksämter geschaffen werden, damit die Aufnahme und die Entsorgung der Altfahrzeuge lückenlos erfolgt.

Dazu erklärt unsere stv. Fraktionsvorsitzende Franziska Hoppermann: „Im Bezirk Wandsbek werden pro Jahr nur ca. 10 Prozent der illegal abgestellten Fahrzeuge entsorgt. 10 Prozent sind absolut unzureichend und in meinen Augen fast schon skandalös. Hier müssen aus den benannten ökologischen Gründen schnell Maßnahmen ergriffen werden, um die Schrottautos schnellstmöglich aus dem öffentlichen Straßenraum zu entfernen. Darüber hinaus erhöhen die unerlaubt abgestellten Schrottautos den schon im Bezirk Wandsbek vorhandenen hohen Parkdruck nur unnötig - da diese meist auf öffentlichen Parkplätzen abgestellt werden. Der Befürchtung des Bezirksamtes, auf den Abschleppkosten sitzen zu bleiben, muss dringend entgegengekommen werden. Dies kann und darf nicht dazu führen, dass die illegal abgestellten Schrottautos nicht entfernt werden. Es muss ein Anreizsystem geschaffen werden, dass diesen Missstand beseitigt.“

Die CDU-Fraktion fordert mit einem Antrag in der heutigen Sitzung der Bezirksversammlung, dass die

**SIE HABEN FRAGEN ODER
WÜNSCHEN EIN GESPRÄCH?
MELDEN SIE SICH MIT IHREM
ANLIEGEN GERNE BEI UNS!**

**TEL.: 040 - 68 37 15
E-MAIL: [INFO@CDU-FRAKTION-
WANDSBEK.DE](mailto:INFO@CDU-FRAKTION-WANDSBEK.DE)**

facebook: [CDU-Fraktion-Wandsbek](https://www.facebook.com/CDU-Fraktion-Wandsbek)
twitter: [@CDU_BV_Wandsbek](https://twitter.com/CDU_BV_Wandsbek)

